

Dresdener Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Carl Plaul, Dresden, Wallstr. 25.
Druck: Carl Plaul, Dresden, Wallstr. 25.

Bezugs-Gebühr in Dresden u. Umkreis bei halbjährlicher Lieferung monatl. 4,00 RM., vierteljährlich 13,00 RM., durch h. Post bei halbjährlicher Lieferung monatl. 4 RM., vierteljährlich 12 RM.
Die 10p. Briefe 37 mm breite Zeile 1,00 RM. Auf fremdsprachigen Anzeigen außer Dresden u. Umkreis monatl. 1 halbes RM. und 1 halbes RM. für den Postzuschlag. Einzelnummern 20 Pf.

Schreibweise und Anzeigenpreise: Schriftgröße 8/10-12/14.
Druck u. Verlag von Plaul & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 10 000 Leipzig.

Redaktion nur mit deutscher Geschäftsgebühr („Dresdener Nachrichten“) zulässig. — Unverlangte Beiträge werden nicht angenommen.

Projektions-Apparate
In allen Arten und Preislagen
— für Schule und Haus. —
Carl Plaul = Dresden = Wallstr. 25.

Viscifin!
::: kräftigt alle !

F. Hermann Beeg
Dresden-A., Falkenstraße 26
Fernsprecher 19291 und 20401
Feuerverzinkerei.

Der Zwist im Verband.

Äußerung eines französischen Diplomaten

(Eigenes Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)
Paris, 27. Mai. In der Presse aller Nationen der Verbändmacht kommt der innere Bruch der früheren Beziehungen in letzter Zeit immer deutlicher zum Vorschein. Ein französischer Diplomat erklärte dem römischen Korrespondenten der Internationalen Press-Union folgendes: Zwischen den Alliierten, und auch innerhalb der Entente kommt dies täglich mehr zur Erkenntnis, sind die Beziehungen, wie sie während des Krieges bestanden haben, aufgelöst. An ihre Stelle sind fortwährend Meinungsverschiedenheiten, Uneinigkeit, Argwohn und Mißtrauen getreten. Das Verhältnis zwischen Amerika und England ist bekanntlich sehr gespannt und unfreundlich, weil Wilson und auch die Mehrheit der Amerikaner offen bekennen, daß England bei der Friedenskonferenz eine Rolle gespielt hat, die ausschließlich darauf gerichtet war, den Böwenanteil der Beute zu sicheln. Man denke nur an die zahllosen Versprechungen, die den kleinen Staaten gemacht wurden. In England spricht man seit Monaten von dem kommenden Krieg zwischen Großbritannien und Amerika. Heute mögen dies politische Phrasen sein, aber sie sind kennzeichnend für die Stimmung unter den beiden größten und stärksten Mächten der Welt, an deren Politik die Abrechnung allein geknüpft ist (und Frankreich?). Das Mißtrauen besteht hauptsächlich auf dem Handelsgebiet, weil jeder der beiden Staaten nur ausführen, aber nicht oder nur wenig einführen möchte. Außerdem kämpfen beide um das Weltmarktmonopol.
Frankreich befindet sich in einer noch ungünstigeren Rolle gegenüber Amerika. Wirtschaftlich kann es natürlich nicht gegen Amerika konkurrieren, und die Ursachen der Mißstimmung liegen ausschließlich auf politischem Gebiete. In Amerika wird Frankreich für die Fehler verantwortlich gemacht, die England auf der Friedenskonferenz beging und die Frankreich unter der Clemenceau-Veltung gutheißen mußte. (?) Wir kämpfen um unsere Existenz, um die sich die Verbündeten nicht kümmern wollen.
Die politischen Anhänger Wilsons pflichten auch gegen unfreundlichen Politik gegenüber Italien bei, obwohl Italiens Schwächen um die Adria-Frage bekanntlich derart sind, daß wirklich keine Regierung sich darauf auf Wilsons Standpunkt stellen kann. Für Italien fällt aber die Diktum Amerikas weit schwerer ins Gewicht, weil es zu den wirtschaftlich schwächeren Ländern gehört, die von Amerikas Kredit und Kredit in erheblichem Maße abhängen. Von seinen bisherigen Freunden kann es ebenso wie Frankreich keine Hilfe erwarten. Die Polemik der französischen Presse gegenüber England ist bekannt. Damit gilt aber auch die Entente als erledigt. Von erheblichen politischen Dingen hingehalten worden, aber Frankreich hielt den Nachkommen nicht für möglich. Jetzt stehen wir vor der Tatsache, daß Englands Weltmachtstellung sich noch mehr ausbreitet, als vor dem Kriege, weil sein

gefühlsreicher Feind ausgeschaltet ist, und der neue bei der weiten Entfernung viel leichter bekämpft werden kann, zumal sich dessen Weltstellung erst aufbauen soll. Bei diesen Dingen tritt ganz Europa nur als Zuschauer auf.
Es gibt zurzeit keinen Staat in Europa, in dem eine starke Mehrheit regieren kann. Überall sehen wir Uneinigkeit in der äußeren Politik. Das Verhältnis Frankreichs zu Italien ist freundschaftlich zu nennen, weil beide Staaten in Zukunft aufeinander angewiesen sind. Wir haben aber ein großes Interesse daran, wie sich Italiens äußere Politik in Zukunft entwickeln wird. Daß sie deutschfreundlich wird, was sie zum Teil schon ist, war zu erwarten, infolge der inneren Entwicklung. Auch in Frankreich, besonders im Handel, wächst diese Erkenntnis auf. Der französische Handel ist diesen Dingen gegenüber nicht blind, und es werden starke Anstrengungen gemacht, um die Regierung zu überzeugen, die Feindschaft Deutschlands, die wirklich besteht, zu überbrücken. Von dieser Möglichkeit wird es abhängen, ob die zukünftige Politik auf dem Kontinent von Deutschland, Rußland oder von einem anderen Volk bestimmt wird. Die Klärung wäre im Interesse aller Länder sehr bald erwünscht.

Die Wirtschaftsverhandlungen in Paris.

Genève, 27. Mai. Das „Amsterdamer Handelsblatt“ meldet, daß die Wirtschaftskonferenz in Paris in der Hauptsache deswegen verschoben wurde, um den deutschen Delegierten Gelegenheit zu geben, sich mit ihrer Regierung zu verständigen und auf die Einennung eines deutschen Vertreters der Metallindustrie zu dringen.
Die wichtigste Angelegenheit eines solchen Sachverständigen ist, geht aus der Bemerkung des französischen Delegierten hervor, der sagte, daß Deutschland zwar die höchsten Handelssätze über die nötigen Güter erhebt. Die französischen Fabriken dagegen produzierten keinen Stahl und Eisen. Vielleicht ließe sich auf dieser Basis ein Tarifhandelsabkommen.

Ein englisches Urteil über die deutsche Lage.

Amsterdam, 27. Mai. Gardiner schreibt in den „Daily News“ über die Lage Deutschlands u. a.: Augenblicklich geht der Krieg noch weiter. Das deutsche Volk lebt und stirbt noch immer bei halben Rationen von oftmals unbedeutenden Nahrungsmitteln. Es ist noch immer von freiem und gleichem Verkehr mit der Welt abgeschnitten. Diese hoffnungslose Lage darf nicht fortdauern. Wenn Europa eine neue Ära eröffnen soll, muß verhandelt und nicht diktiert werden. (W. T. B.)

Woh droht mit seinem Rücktritt.

Wien, 27. Mai. Nach einer Meldung aus Paris ist Marschall Foch zur Teilnahme an der Konferenz in Spa eingeladen worden. Es verlautet, daß Foch seinen Rücktritt angeboten hat für den Fall, daß die militärischen Sicherungsbestimmungen des Versailler Vertrages fallen gelassen werden sollen.

Das Schicksal Schlesiens.

Kopenhagen, 27. Mai. Einem Telegramm der „Berlingske Tidende“ aus Paris zufolge hat die Vorkonferenz gestern vormittag die Beratungen über die schlesische Frage abgeschlossen. Es steht nun fest, daß die Clausen-Planie mit einer unbedeutenden Änderung die militärische Südgrenze Dänemarks bilden und die zweite Zone an Ostpreußen zurückgegeben wird. Die Frage der Internationalisierung ist bei den Besprechungen der Vorkonferenz gar nicht in Erwägung gezogen worden. (W. T. B.)

Verhinderung von Abstimmungsvorbereitungen im Saargebiet.

Frankfurt a. M., 27. Mai. Wie die „Frankf. Ztg.“ aus Saarbrücken mitteilt, habe die Stadtverwaltung eine Konferenz mit den saarländischen Landräten einberufen, um gemeinsam die Maßnahmen für die Aufstellung der Liste der Stimmberechtigten aufzustellen, die nach fünfzehn Jahren über das politische Schicksal des Saargebietes entscheiden sollen. Der Regierungskommissar verbot die Besprechung. (W. T. B.)

Der internationale Lebensmittelmarkt.

Kopenhagen, 27. Mai. „Politiken“ meldet aus Paris: Anlässlich der großen Geschäftstille auf dem Lebensmittelmarkt in Amerika hat der „Exporteur“ bei bekannten französischen Finanzkreisen eine Umfrage veranstaltet. George Levy erklärte, in der ganzen Welt seien größere Lager an Lebensmitteln vorhanden, als irgend jemand ohne. Die Stunde sei nahe, in der diese auf den Markt geworfen werden würden. Die Geschäfte auf dem Lebensmittelmarkt bewegten, daß man jetzt auf dem Punkt angelangt sei, in dem die wirtschaftlichen Gesetze, die durch Spekulation verletzt waren, wieder in normale Bahnen lämen. Die Zeit sei gekommen, wo die Preise wieder normaler würden.
Kraffin in England.
London, 27. Mai. (Monter.) Der Leiter der Delegation der russischen kooperativen Bewegung Kraffin ist heute in Newcastle eingetroffen. (W. T. B.)

Die Niederlage der Polen bei Minsk.

Wien, 27. Mai. Nach hier eingelaufenen Meldungen aus Prag und anderen Orten der Tschechoslowakei wird übereinstimmend berichtet, daß die polnische Deserterguppe im Raume von Minsk vernichtend geschlagen sei. Die Eroberung von Minsk durch die Sowjettruppen sei nur eine Frage von Stunden und könne schon jetzt erfolgt sein. Auch im Raume von Wilna wird schwer gekämpft. Über den Bezirk von Wilna ist der Belagerungszustand verhängt worden. Die Polen sind auch hier in bedrängter Lage.

Prag, 27. Mai. Ein Funkpruch aus Moskau meldet neue Erfolge der bolschewistischen Armee gegen die Polen. In der Gegend von Polock haben die Roten Truppen zwei polnische Regimenter zum Rückzug gezwungen. Auch im nördlichen Abschnitt der Kampffront greifen die Roten Truppen mit großen Kräften beständig und wollen augenscheinlich einen Durchbruch der polnischen Nordfront herbeiführen.
Kowno, 27. Mai. Aus Wilna sind Nachrichten eingetroffen, wonach dort große Unruhe über den Vormarsch der Bolschewiken herrscht. Die Spitäler sind von Verwundeten, die von der Front kommen, überfüllt. Die Behörde erließ an die Bevölkerung einen Aufruf, in dem sie zur Ruhe auffordert und um die jungen Mannschaften die Aufforderung richtet, an die Front zu gehen. Einzelne Verwundeten sind aus Wilna zurückgezogen worden. (W. T. B.)

Befreiung österreichischer Kriegsgefangener durch die Polen.

Kopenhagen, 27. Mai. Bei der ukrainischen Offensive gelang es den Polen, wie „Berlingske Tidende“ aus Warschau mitteilt, 25 000 österreichische Kriegsgefangene zu befreien, die jetzt nach Österreich zurückgebracht werden sollen. (W. T. B.)

Fachbeamte oder politische Parteigänger?

Die Mehrheitssozialdemokratie ist eifrig am Werke, in die Verwaltung der Einzelstaaten Persönlichkeiten zu berufen, die den parteipolitischen Stempel der Gesinnungstüchtigkeit tragen, ohne daß danach gefragt wird, ob sie über ein genügendes Maß von fachlicher Vorbildung verfügen. In Preußen vollzieht sich schon seit einiger Zeit ein planmäßiger Landratsstich in diesem Sinne, durch den sozialdemokratische Arbeitersekretäre, Gewerkschaftsbeamte und Redakteure an die Stelle der früheren, noch vom alten Regime inkallierten Inhaber der Landratsämter gelangen, und nunmehr scheint auch die neue sächsische Regierung das preussische Verfahren nachahmen zu wollen, indem sie sich anschickt, zum Amtshauptmann von Dresden-Neustadt ein nichtfachmännisches Parteimitglied zu ernennen. Daß ein solcher Plan gerade im gegenwärtigen Augenblick geheißen wird, bedeutet im Hinblick auf die unmittelbar bevorstehenden Neuwahlen wohl kaum einen bloß zufälligen zeitlichen Zusammenhang, sondern ruft unwillkürlich die Vermutung nach, daß dabei maßstablose Rücksichten auf die Sonderwünsche gewisser Parteifreie mitfließen. Wie dem auch sei, jedenfalls hat das Bekanntwerden dieser Absicht auf die Beamtenschaft alarmierend gewirkt, und die Ernennungen, die in ihren Kreisen durch das geplante Vorgehen der Regierung nachgerufen worden sind, gelangen in einer Erklärung des gewerkschaftlichen Bundes Sächsischer Staatsbeamten zum Ausdruck, die nach Form und Inhalt gleichermaßen als eine sehr würdige, beachtliche und überzeugende Kundgebung bezeichnet werden muß. Der Protest richtet sich gegen das Verfahren, ein Staatsamt, für das Fachkenntnisse und fachliche Schulung unentbehrlich sind, lediglich nach parteipolitischen Interessen zu besetzen. Eine solche Verringerung der Leistungen der staatlichen Fachbeamten müßte die gesamte sächsische Staatsbeamtenschaft in allen ihren Teilen als eine Kränkung ihrer Ehre bewerten. Die Erklärung gipfelt in der Forderung, daß im Interesse des Staatswohles für die Besetzung der Staatsämter ungekürzt bestimmte, die Regierung bindende Grundzüge unter Mitwirkung der Beamtenschaft aufgestellt werden sollen.

Auf mehrheitssozialistischer Seite findet diese in jeder Hinsicht wohl begründete Stellungnahme der sächsischen Beamtenschaft kein richtiges Verständnis. Man weigert gegen den „Geheimratsgeist“, dem sie angeblich entspringen soll, und der nur Leute mit konservativer Gesinnung an Staatsämtern zulassen wolle. Gegenüber diesen Behauptungen sei es nötig, „republikanische Pfeiler“ in der Beamtenschaft zu errichten. Dabei kann sich aber auch die Mehrheitssozialdemokratie nicht der Einsicht verschließen, daß es doch wünschenswert wäre, ein „gewisses Einverständnis“ mit den Staatsbeamten zu erzielen. Wenn freilich versucht wird, das geplante Vorgehen den Beamten dadurch schmählicher zu machen, daß man auf die frühere preussische Uebung verweist, wonach vielfach eingesehene Amtsinhaber die Landratsstellen besetzten, so kann diese Beweisführung nur zur Unterstützung des Standpunktes der Beamtenschaft dienen; denn gerade die Elemente, auf die hier Bezug genommen wird, waren durch ihre enge persönliche Verbindung mit der Bevölkerung ihres Kreises, durch ihre langjährige Vertrautheit mit allen Bedürfnissen der Gegend und durch ihr psychologisches Verständnis für das Wesen und die Eigenart der ihrer Fürsorge übergebenen Bevölkerung für ihr Amt besonders geeignet und durften in vollem Maße als Fachbeamte gelten.

Es ist grundsätzlich und mit dem Wohle des Staatsganzen, wie die Beamten richtig betonen, nicht vereinbar, wenn die Mehrheitssozialdemokratie im Interesse ihrer Parteiherrschaft den politischen, demokratisch-parlamentarischen Gesichtspunkt auch da in den Vordergrund rückt, wo nach der ganzen Natur der zu besetzenden Staatsämter nur die überragende fachliche Tüchtigkeit in Betracht kommen darf, deren Mangel nie und nimmermehr durch parteipolitische Gesinnungstüchtigkeit ersetzt werden kann. Das demokratisch-parlamentarische Prinzip wird dabei gar nicht in Mitleidenschaft gezogen. Wenn es sich um die Besetzung von Staatsämtern handelt, die mehr einen allgemeinen politischen Charakter tragen, wie die Ämter des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers, dann allerdings kann vom Standpunkt des parlamentarischen Systems aus geltend gemacht werden, daß hier in erster Linie die „populäre Sicherheit“ der Kandidaten in politischer Hinsicht gewährleistet werden müsse. Im übrigen aber sind Fachminister, deren Bedeutung in der Tätigkeit zu einer größeren und gewissenhaften Arbeitsleistung innerhalb ihrer Zuständigkeit liegt, mit dem parlamentarischen System nicht nur durchaus vereinbar, sondern sie bilden für jede parlamentarische Regierung genau so gut wie für eine nichtparlamentarische eine unbedingte Notwendigkeit, wenn nicht die ganze Staatsmaschine schließlich durch Beamte, die von ihrem eigentlichen Fach nichts Rechtes verstehen, in Grund und Boden ruinieren werden soll. Man stelle sich nur einmal vor, was in der kritischen Zeit der Um-

Wählung aus dem Reiche und den Einzelstaaten geworden wäre, wenn Deutschland nicht über einen so starken und zuverlässigen Stamm von tüchtigen Hochbeamten verfügt hätte, die sich mit selbstloser Hingabe, vielfach unter dem schweren Opfer ihrer politischen Überzeugung, bereit finden ließen, ihren Dienst weiter zu versehen, ohne nach rechts oder links abzuschweifen, den Blick nur unerschrocken auf den lateinischen Imperator ihrer Pflicht gerichtet. Wenn das alte Regime, wie man ihm fälschlich vorwirft, nur auf die Züchtung konservativer Gesinnung unter der Beamenschaft bedacht gewesen wäre und nur politische Parteigänger angestellt hätte, dann hätten alle diese einseitig orientierten Parteipolitiker im November 1918 mit einem Schlage den Dienst verweigert und den Staat dem Chaos überliefert. Zum Glück aber waren die Beamten im Reiche und in den Einzelstaaten von anderem Geiste und Korn. Nicht als konservative Parteipolitiker, sondern als pflichttreue Hochbeamte bewährten sie sich, die dem Reiche über seine schwere Katastrophe hinweghelfen und sich dadurch den unauflöslichen Dank der Nation verdienen. Die Leistungen der Hochbeamtenliste in jener schicksalvollen Zeit, als die Existenz des Reiches auf des Meeres Schwelle stand, sind so überwältigend eindrucksvoll, daß auch die einfachsten und gerade urteilenden Kreise der Wehrheitssozialdemokratie wiederholt ihre rückhaltlose Anerkennung dafür ausgesprochen haben. Insbesondere hat der verlorene sächsische Ministerpräsident Dr. Gradnauer wiederholt sich in diesem Sinne geäußert, und er hat auch die größte Achtung vor dem Wissen und Können eines Hochbeamten, wie keine auf der sozialdemokratischen Landeskonferenz in Meissen getane Anerkennung beweist. „Er vertraue sich wohl, das Amt eines politischen Ministerpräsidenten zu übernehmen, nicht aber das eines Amtshauptmanns, weil zu einem solchen Verwaltungssamt unbedingt Sachkenntnisse erforderlich seien.“ Diese Auffassung möchte die gesamte Wehrheitssozialdemokratie sich zu eigen machen und danach handeln, wenn sie klar und unabweisend dem allgemeinen Staatswohl der Partei-Interesse unterordnen wolle. Niemand hat uns in Sachen wirklich dazu bereit, so kann sie nicht besser sein, als im Einvernehmen mit der Beamtenliste die geforderten bindenden Grundzüge aufzustellen, trotz deren Nachahmer nur mit solchen Beamten besetzt werden dürfen, die über die notwendige fachwissenschaftliche Schulung und praktische Ausbildung und Erfahrung verfügen.

Zu den Putschgerichten.

Berlin, 27. Mai. Der Sonderkommissar für öffentliche Sicherheit, Weismann, sprach heute vor Pressevertretern über die Putschgerichte von links und rechts. Die Verfahren seien fast überall abgebrochen worden. Die U. S. P. D. denke nicht daran, einen Gewaltstreik anzuzetteln. Sie habe sich auf den Boden der Verfassung gestellt und sei der Ansicht, daß die Wahlen sie sehr stark machen würden. Die Partei habe schon aus diesem Grunde nicht die geringste Veranlassung, einen Putsch zu unterstützen. Auch die Kommunistische Partei habe sich seit langem auf den Standpunkt gestellt, jeden Gewaltstreik zu verwerfen. Die bereitwillige Teilnahme an den Wahlen, von Bedeutung sei die Tatsache, daß die U. S. P. D. sich geteilt und eine neue Partei, die Kommunistische Arbeiterpartei, sich gebildet habe. Diese ließe auf dem Gewaltstandpunkt, wiederholt sei aus ihren Kreisen im Ausdruck gebracht worden, daß man mit Gewalt erzwungen müßte, was auf legalen Boden nicht erreichbar sei. Man dürfe aber nicht vergessen, meinte Herr Weismann, daß die U. S. P. D. nur eine kleine Angehörige sei. Sollte von ihrer Seite tatsächlich ein Putsch unternommen werden, so würde es ein leichtes sein, ihn niederzuschlagen.

Herr Weismann wandte sich dann zu den Gerichten, nach denen die radikale Rechte mit Putschabsichten umgehen soll. Er beharrt entschieden, daß ein in allen Teilen organisierter zweiter März-Putsch vor der Tür stehe. In Einzelverrichtungen rechnet man sehr stark mit einem großangelegten Generalstreik der U. S. P. D. Sie hätten das Recht zum Teil ihre Waffen behalten. Nichts sei verkehrter, als jeden Gewaltstreik, der Waffen behält, für einen Vaterlandsfeind oder politischen Gegner zu halten. Herr Weismann ist in der Überzeugung gekommen, daß die Leute nicht weiter wollen, als sich selbst zu schützen.

Der Reichskommissar forderte rechtlose Verordnungen aufzulösen, jedoch drohe eine andere Gefahr, die durchaus nicht leicht zu nehmen sei. Diese gehe von in der Auflösung der Reichsministerien aus. Hier habe man es mit Feinden zu tun, die von ihrer wirtschaftlichen Existenz abhängen und daher sehr leicht jeder Fälschung und Fälschung anfallen. Die Reichsministerien sind aber allerdings jedem Putsch fern. Weder gab es die Überzeugung, daß diese Putschgerichte aus diesen Gerichten leicht überwunden werden könnten, wenn für die Zukunft der Mannschaften gesorgt sei.

Scheidemann — Oberbürgermeister von Groß-Berlin?

Berlin, 27. Mai. Die Deutsche Parlaments-Korrespondenz berichtet, daß zum Oberbürgermeister der künftigen Stadtgemeinde Groß-Berlin u. a. der Führer der Wehrheitssozialdemokratie Scheidemann, der gegenwärtig in Kassel an der Spitze der Stadtverwaltung steht, in Aussicht genommen sei. Seine Wahl soll auch bei den Unabhängigen Unterstützung finden. Daneben wird nach Oberbürgermeister Wermuth und Staatssekretär Dr. Brand, der Schöpfer des Groß-Berliner Gesetzes, empfohlen.

Das Mandat über Danzig.

Danzig, 26. Mai. Der Danziger Oberbürgermeister Sachmuth in einer öffentlichen Erklärung einen Artikel entgegen, der in einem Königsberger und einem Berliner Blatt erschienen ist. Aus der Erklärung gehen wie folgt hervor:
„Die ‚Berl. Vorzeitung‘ und die ‚Königsb. Vorzeitung‘ bringen gleichzeitig einen im Wortlaut übereinstimmenden Artikel, der in der ‚Berl. Vorzeitung‘ die Sentenzüberschrift trägt: ‚Das Ende der Danziger Selbstherrlichkeit!‘ In diesem Artikel wird geheimnisvoll von einem Mandat des Völkerbundes über Danzig erzählt. Ein solches Mandat existiert nur in der Einbildung des Verfassers. Der Friedensvertrag, der doch allein ausschlaggebend sein muß, kennt ein derartiges Mandat nicht; es kann also auch nicht Norwegen das Mandat abgelehnt haben und noch weniger der Oberke Rat genötigt sein, Polen wegen Ausübung dieses Mandats anzugehen. Der Friedensvertrag steht nur vor, daß vom Völkerbund ein Oberkommissar für die freie Stadt Danzig bestimmt wird.“

Amerikas armenisches Mandat.

Rotterdam, 27. Mai. Die Volkszeitung berichtet die Übernahme des armenischen Mandats durch den holländischen Abgeordneten van der Meer. Dieser hat sich im Repräsentantenhaus auf größeren Widerstand, als dies bei irgend einem anderen Vorstoß von Seiten der holländischen Abgeordneten im ersten Jahre wurden 9000 Mann und 100 Millionen Dollars notwendig sein. William Bryan hielt den Antrag für unannehmbar, da die Kosten enorm seien und die Vereinigten Staaten in europäische Fragen verwickelt werden würden. Newcomb und Newcomb teilten diese Ansicht und bekämpften in Vorträgen den Plan. (28. 5. 20)

Die belgische Militärdienstzeit.

Brüssel, 27. Mai. Wie aus Paris berichtet wird, hat die belgische Regierung beschlossen, die Militärdienstzeit für alle Wehrpflichtigen auf 18 Monate festzusetzen.

Deutsche Proteste gegen die tschechische Präsidentenwahl.

Prag, 27. Mai. In gemeinsamer Sitzung der beiden Kammern der Nationalversammlung der tschechischen Republik wurde heute die Wahl des Präsidenten der Republik vorgenommen. Es wurden insgesamt 417 gültige Stimmzettel abgegeben, von denen 284 auf Dr. Masaryk lauteten. Die deutschen Abgeordneten und Senatoren hatten leere Stimmzettel abgegeben. Dr. Masaryk ist somit gewählt. (27. 5. 20)

Prag, 27. Mai. Die Klubs der Abgeordneten und Senatoren der deutschen sozialdemokratischen Partei hatten gestern in gemeinsamer Sitzung Stellung zur Wahl des Präsidenten genommen und einmütig den folgenden Bescheid gefaßt: Die Mitglieder beider Klubs werden bei der Wahl des Präsidenten leere Stimmzettel abgeben. Dieser Bescheid richtet sich nicht gegen die Person Masaryks. Dieses Amt ist mit einer solchen Machtvolle ausgestattet und gibt der Person des Präsidenten eine so überragende Gewalt gegenüber der Volksvertretung, daß darin eine wesentliche Einschränkung der Demokratie erblickt werden muß.

Prag, 27. Mai. (Tschechoslowak. Pressebüro.) Der Deutsche Parlamentarische Verband nimmt zur Wahl des Präsidenten der Republik folgende Stellung ein: Die Abgeordneten und Senatoren des Deutschen Parlamentarischen Verbandes lehnen es grundsätzlich ab, die im Widerspruch mit der Demokratie und der Selbstbestimmung oktrozierte Verfassung, auf deren Grundlage die Präsidentenwahl stattfinden soll, jetzt anzuerkennen. Der Verband bezieht die erste angegebene parlamentarische Gelegenheit, um hiermit feierlich vor aller Welt gegen die Verletzung der Gerechtigkeit und die den Deutschen widerfahrene Verletzung der Verfassung einzulegen. Er fordert die Anerkennung, daß die Deutschen gleichberechtigte Staatsbürger, ein Staatsvolk wie die Tschechen und keinesfalls eine Minderheitsnation sind. (27. 5. 20)

Die italienisch-jüdischen Verhandlungen.

Mail, 27. Mai. Wie aus Mailand berichtet wird, geht der italienische Minister des Inneren, Scialoja, nächstens nach Palanca zu reisen, um dort die Verhandlungen mit den Südlawen wieder aufzunehmen. Man glaubt, sein endgültiges Ergebnis schon Anfang nächster Woche erwarten zu dürfen.

Bürgerkrieg in Teschen.

Teschen, 27. Mai. Im hiesigen Gebiet ist der offene Bürgerkrieg ausgebrochen. Seit gestern früh tobt in der Gegend von Karwin ein heftiger Kampf. Nach einem Überfall auf eine tschechische Gendarmerieabteilung im Walde von Dombrau besetzten die Polen die Schutzhölzer des Johannesbaches, welche Stellung sie bis jetzt noch inne haben. Auf beiden Seiten sind die Verluste an Toten und Verwundeten groß. Es werden fortgesetzt neue Opfer gemeldet. Die tschechischen Arbeiter in Pölnitz-Ditrau eilen ihren Kameraden in Karwin zu Hilfe, so daß mit einer weiteren Ausdehnung der Kämpfe gerechnet werden muß.

Wien, 27. Mai. Wie die Blätter aus Mährisch-Odrau melden, wurden bei dem Zusammenstoß zwischen tschechischen Gendarmen und irrenden polnischen Arbeitern im Walde zwischen Karwin und Dombrau zwei Gendarmen getötet. Auf polnischer Seite wurden drei Personen getötet und fünfzehn verwundet. (27. 5. 20)

Durchfuhr tschechischer Truppen durch Deutschland.

Hamburg, 27. Mai. Zur Witterung, daß der japanische Dampfer „Mount Vernon“, der deutsche und österreichische Kriegsgefangene von Wladimirof nach Hamburg bringt, auch 3000 bewaffnete Tschechoslowaken an Bord habe und daß die Heimkehrer für Krieges- und Zivilgefangene gegen die Landung in Hamburg Einspruch erhoben habe, teilt die hiesige Vertretung der tschechisch-slowakischen Regierung mit, daß auf Grund einer zwischen ihr und der deutschen Regierung getroffenen Vereinbarung die Tschechen in Cuxhaven gelandet und unverzüglich mit der Bahn nach Teichen weiterbefördert werden sollen. Der Dampfer wird am Donnerstag vorunters in Cuxhaven erwartet werden. (27. 5. 20)

Die Überwachung der Auslandstelegramme.

Berlin, 27. Mai. Die bereits vor einiger Zeit angekündigte Überwachung des privaten Telegrammverkehrs nach dem Auslande ist nun durch einen an alle Dienststellen ergangenen Erlaß des Reichsministeriums verfügt worden. Als überwachende Organe gelten die Aufgabestellen der Telegrafendirektion, denen es obliegt, Depeschen verdächtigen Inhalts der nächsten Postüberwachungsstelle in Mähren zu übermitteln, ohne jedoch die Beförderung zu verzögern. Der Erlaß ist einer Vorberingung des Reichsfinanzministeriums entworfen, das dadurch wirksamer als bisher die Kapitalflucht nach dem Auslande, die Verschlebung von Gold und Wertpapieren im Außenhandel und die anderen unerfreulichen Folgenerscheinungen unserer Finanznot zu treffen beabsichtigt. Wie auf Anfrage im Reichspostministerium mitgeteilt wird, soll die neue Überwachungsbestimmung mit äußerster Strenge, aber unter keinen Umständen schuldlos durchgeführt werden. Das Ministerium legt den größten Wert auf die Feststellung, daß keineswegs an eine Zensur nach politischen Gesichtspunkten gedacht worden ist.

Der Mittelkanal.

Berlin, 27. Mai. Aus dem preussischen Ministerium für öffentliche Arbeiten wird der „Dena“ mitgeteilt: Durch einen kürzlich gefaßten Beschluß des preussischen Staatsministeriums ist der lange und heftigste Streit darüber, ob der Mittelkanal zwischen Hannover und Magdeburg auf der Mittel- oder Südbahn zu erbauen sei, zugunsten der Mittellinie entschieden, nachdem von 6 Bezirksverordneten-Beiräten 5 sich in diesem Sinne ausgesprochen hatten, und der gesamte Wassertrassen-Beirat ebenfalls fast einstimmig für die Mittellinie eingetreten war. In der Sache hat die Mittellinie den Vorrang, daß sie den Osten und Westen auf dem kürzesten und billigsten Wege verbindet, während die Südbahn einen längeren Weg macht, einen größeren Höhenunterschied überwindet und mehr Schleusen hat, dafür aber eine reichere und entwicklungs-fähigere Gegend erschließt und den mitteldeutschen Nachbarstaaten Sachsen, Thüringen, Anhalt, Braunschweig den Nutzen erleichtert. Die Vorlage des Mittelkanalplans in der Mittellinie wird in allerhöchster Zeit dem preussischen Landtag vorgelegt und von ihm wahrscheinlich sehr bald verabschiedet werden. Freilich ist eine endgültige Entscheidung in der Sache noch nicht gegeben, denn Preußen wird in den wenigen Monaten bis zur Abgabe seiner Wassertrassen an das Reich den Kanal nicht bauen können. Im Reichstag werden dann auch die Interessen der Nachbarstaaten zum Ausdruck kommen.

Keine dänische Milcheinfuhr mehr?

Berlin, 27. Mai. Wie die „Dena“ aus unterrichteten Kreisen erfährt, haben die deutschen Abnehmer ihre dänischen Milchlieferanten auf London und Antwerpen verlegt, bis auf weiteres die Milcheinfuhr einzustellen. Dieser Schritt wird damit begründet, daß in den letzten Tagen die Milchversorgung der deutschen Großstädte infolge der bereits erfolgten Aufgabe der Kriegslieferung gänzlich geworden sei. Die dänischen Lieferanten, die einen bedeutenden Zubehör aus Reichsmitteln bedingen, dürften daher vordringend entschuldigend erscheinen. (27)

Sauerkraut und Bauernstreik.

Kus Stuttgart wird der „Tagl. Anst.“ geschrieben: Die fälschlich von Stuttgart gelegene Biberbüchel ist nicht nur bekannt durch Scherdingen mit dem Juppelin-Knäckli, sondern auch durch das ausgezeichnete Sauerkraut, das dort angebaut wird. Dieses Biberbüchlerkraut ist ein Bedenkliches, und niemals, namentlich nach Blödsinn und Hungerjahren, hätte man sich inwännen lassen, daß die Gabe Gottes einmal zum Dingen der Felder (!) verwendet werden würde. Eine Berliner Kriegsgesellschaft hat es aber dennoch dahin gebracht! Es war ein sozialdemokratischer Abgeordneter, der, wohl aus Wahlrücksichten, an den württembergischen Ernährungsminister, den Gesundheitssekretär und Landratsmann Graf, eine Anfrage richtete, die als wertvoller Beitrag zum Kapitel „Kriegsgesellschaft“ festgehalten werden muß. Sie lautet: „In dem Herrn Ernährungsminister bekannt, daß in mehreren Biberbücheler Gemeinden beträchtliche Mengen Sauerkraut, die dort auf Rechnung der zuständigen Reichshilfe zum Teil schon im Jahre 1918 eingelagert und selber auf deren Rechnung und Verantwortung aufbewahrt wurden, weil für die menschliche und tierische Ernährung nicht mehr geeignet, zur Düngung der Felder verwendet wurden? In dem Herrn Ernährungsminister weiter bekannt, daß die Reichshilfe, die die Aufbewahrung dieser unbrauchbaren Nahrungsmittel übernommen hatten, die Reichshilfe für Ob- und Gemüse und deren Rechtsnachfolger, den Sauerkrautverwertungsanstalten, wiederholt um die Erlaubnis gebeten haben, das Kraut abzugeben zu dürfen, als es noch für die menschliche Ernährung geeignet und brauchbar war, aber die Erlaubnis verweigert wurde? In dem Herrn Ernährungsminister ferner bekannt, daß inzwischen die genannten Reichshilfe an die Aufbewahrung des Krauts aus dem Jahre 1918 mit der Frage herangetreten sind, wie am besten und unauflöslichsten dessen Verwertung bewerkstelligt und außerdem erreicht werden könne, daß der Sauerkrautverwertungsanstalten möglichst vor Schaden bewahrt werde? Was denkt der Herr Ernährungsminister zu tun, um dahin zu wirken, daß dieses Verbrechen am Volke seine Sühne findet?“

Der Graf wird nicht leicht Antwort geben können; was ist ein Minister gegenüber einer Kriegsgesellschaft? Aber die schwedischen Bauern regen sich und sprechen ein kräftiges und deutliches Wort. Die ganze, aus der Unfähigkeit der heute Regierenden herausgewachsene Erbitterung kam unverblümt zum Ausdruck in einer Versammlung des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes Württemberg und Hohenzollern, die am 19. Mai in Stuttgart tagte. Der auf Wahlrecht befristete Ernährungsminister konnte hier natürlich nicht antworten, dafür aber botte sich die Vertretung während der Sitzung des württembergischen Staatsoberhaupt, den Sozialdemokraten Wilhelm Biss, der anwesend war, wohl weil er wegen Altersbeschwerden die Anstrengungen von Wählern nicht mehr auf sich nehmen kann. Herr Biss hat monoton zu hören bekommen: Die Bauern erwägen den Streik, der seit der Revolution zum landesüblichen Mittel zur Durchsetzung von Forderungen geworden ist. Die Vertretung beschloß die Einsetzung eines besonderen Ausschusses, der einen „emwa notwendig werdenden Lieferungsstreik“ vorbereiten soll, und alle Ausführungen, die von verschiedenen Rednern zu diesem Thema gemacht wurden, fanden tiefen Beifall. Die Annahme der Gewerkschaften, das kam immer wieder zum Ausdruck, ist es im Verein mit der Schwäche und der Nachgiebigkeit der Regierung gegenüber den Forderungen von dieser Seite, aus der die erbitterte Stimmung der Bauern hervorgegangen ist.

Zu dem Tuchgeschäft der Sicherheitspolizei.

Böln, 27. Mai. Nach einer Meldung der „Böln. Ztg.“ hat die englische Firma Gelland-Böln, der die Tuchlieferung für die Sicherheitspolizei unter Umgehung billigerer Angebote deutscher Firmen übertragen worden war, auch andere Geschäfte zweifelhafter Art gemacht. Sie hatte noch im Dezember 1919 einen beträchtlichen Posten des gleichen Stoffes einer Kölner Firma zum Preise von 56 Mark des Meter angeboten, fest verkauft und nicht geliefert. Die „Böln. Ztg.“ empfiehlt, dem Geharn der Firma Gelland nachdrückliche Aufmerksamkeit zuzuwenden und Erkundigungen einzuziehen, was aus den der Kölner Firma angebotenen Stoffen geworden ist.

Die Arbeitslosigkeit.

Berlin, 27. Mai. Wie das Reichsarbeitsministerium in einem Telegramm an die Regierungen der Länder zum Ausdruck gebracht hat, ist die Arbeitslosigkeit, die durch den gegenwärtigen Umschwung der wirtschaftlichen Konjunktur verursacht wird, als Erzeugnis im Sinne des § 6 der Verordnung über Arbeitslosigkeitsfragen anzusehen. In derartigen Fällen ist daher Erwerbslosenunterstützung zu gewähren.

Genf Sitz des Völkerbundes.

Genf, 27. Mai. Zu dem Gerüchte, daß in Rom beschlossen worden sei, den Sitz des Völkerbundes nicht nach Genf, sondern etwa nach Florenz oder Brüssel zu verlegen, wird von gut unterrichteter Genfer Seite bemerkt, daß davon keine Rede sein könne. Einzelne Bureaus sollen allerdings, da sie nicht alle gleichzeitig in Genf unterzubringen sind, dorthin verlegt werden, wo entsprechende Räume zur Verfügung stehen. In Wien könnten einzelne Schlichter in den Dienst des Völkerbundes gestellt werden. Die Zentrale und die Hauptbüros kommen jedoch nach Genf, wenn auch durch das Börgern der Schweiz und die starke Gegenaktion gewisser schweizerischer Kreise die Wegener Genfs im Völkerbund wieder etwas lebendiger geworden sind.

Die Ratifizierung des österreichischen Friedensvertrages durch Frankreich.

Paris, 26. Mai. Bei der Aussprache über die Genehmigung des Friedensvertrages von St. Germain in der Kammer wurde bemerkt, daß der englische Schatzminister erklärt habe, der Artikel 98 des Vertrages von Saint Germain hindere Österreich nicht an der Aufnahme in Deutschland. Millerand betonte, daß der Artikel 98 des Vertrages von Versailles und Artikel 98 des Vertrages von St. Germain bestimmen, daß von einem Zusammenschlusse Österreichs und Deutschlands nur die Rede sein könne, wenn der Völkerbund einhellig zustimme.

Die Kammer hat die Ratifizierung des Friedensvertrages von St. Germain durch Vandaufheben angenommen. (27. 5. 20)

Die französischen Gewerkschaften und der Verfaller Vertrag.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)
Genf, 27. Mai. Der „Yoner Progrès“ meldet aus Paris, daß der Beschluß der französischen Gewerkschaften, die direkten Beziehungen zu den deutschen Genossen wieder aufzunehmen, mit Stimmmehrheit gefaßt wurde und mit dem Zusatz, daß die Wiederaufnahme unter der Voraussetzung erfolge, daß die deutschen Genossen für die künftige Erfüllung des Verfaller Vertrages durch Deutschland eintreten. (!)
Die deutschen Gewerkschaften müssen, wenn sie ernstlich sein wollen, den Franzosen erklären, daß sie Unmöglichkeit verlangen.

Ein französisch-belgisches Bündnis.

Amsterdam, 27. Mai. Wie der Pariser Verkehrsminister des „Daily Telegraph“ meldet, werden Verhandlungen zwischen Frankreich und Belgien über ein militärisches Bündnis geführt. (27. 5. 20)

Rissi über die Verlegung von Spa.

Mailand, 27. Mai. „Secolo“ vernimmt aus Rom, daß Rissi in der Mitteilung des Ministerrats bei Verhandlung der Frage der Einberufung der Konferenz von Spa erklärt habe, daß er für die Verlegung der Konferenz auf den Monat Juli sei. Er glaube, daß die Wählerten sich seinen Wünschen anschließen würden. (27. 5. 20)

Dresdner Orthopäden-Kongress.

In dem 15. Kongress der Deutschen Orthopäden-Gesellschaft, der am Donnerstag unter dem Vorsitz des Sanitätsrats Dr. Schanz in Dresden stattfand, waren etwa 20 Teilnehmer aus Deutschland, Österreich, Japan, China und Holland erschienen. Nach einigen Begrüßungsworten gab der Vorsitzende eine kurze Uebersicht über die Geschichte der Orthopädie und ihren Wert im Kriege. — Namens der Stadt Dresden begrüßte Oberbürgermeister Blüher den Kongress, während ein Sekretär des Reichsarbeitsministeriums das Interesse des Arbeitsministeriums, dem die Kriegsverletzten hauptsächlich unterliegen, an der Entwicklung der Orthopädie und dem Ergebnis des Kongresses hervorhob. Der Redner betonte die guten Beziehungen, die zwischen der Regierung und der Gesellschaft beständen, und wies dem Kongress weitgehende Unterstützung zu. Darauf begannen die wissenschaftlichen Verhandlungen, die hauptsächlich die Kriegsverletzten und ihre Verheerung im Vordergrund hatten. Als Ergebnis kann festgestellt werden, daß die heutige Orthopädie die Mittel gefunden hat, um auch weitgehende Verunstaltungen des Körpers durch operative Maßnahmen und durch Verbände auszugleichen, und die Glieder wieder in brauchbaren Zustand zu versetzen. Langsam von Kriegsverletzten worden nach auf die Hilfe der Orthopädie. An einer großen Zahl von Röntgenbildern wurden die bisherigen Fortschritte gezeigt. Außerdem trat die Ueberzeugung hervor, daß allein die Kriegsverletzten noch auf viele Jahre hinaus der Orthopädie ein reiches Arbeitsgebiet sichern. Die Verhandlungen werden am heutigen Abend fortgesetzt.

Die Handelskammer Dresden

Halt nehmen, Donnerstag, eine öffentliche Familienversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden Anwesenheit Ehrenmitglieder Webers, Kramm, und Oberbürgermeister v. M. M. C. Fritsch, Freier, als Probenehmer von Ehrenberechtigt und in Pflicht genommen. Nach begrüßenden Worten des Vorsitzenden gab dieser zunächst dem Redner der Kammer über das Aussehen des Handelsdirektors v. M. M. C. Fritsch, aus der Kammer Ausdruck und sprach den Dank der Kammer für dessen tatkräftige Mitarbeit aus. Darauf ergriffte der Sanitätsrat Dr. Schanz den Vorsitz über die von der Kammer genehmigt wurde. Sodann wurde die Abrechnung der Kammer für das abgelaufene Jahr und der Massenführung Entlastung erteilt. Weiter sprach sich die Kammer nachdrücklich

gegen die „soziale Ausfuhrabgabe“

aus, die jetzt gegenüber dem Reiches bei der Ausfuhr erhoben wird, und forderte deren Wiederabkündigung, da durch die bestehende Belastung der Industrie und der Bedingung der deutschen Politik eine Verschärfung der Wettbewerbsfähigkeit zum Nachteil Deutschlands eingetreten sei und durch die Erhebung der sozialen Abgabe die Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft im Ausland nur noch weiter erschweren, für manche Erzeugnisse sogar schon gänzlich unmöglich werden. Gleichzeitig erhob die Kammer Einspruch, daß die soziale Abgabe einseitig worden sei, ohne daß auch der Beteiligten, insbesondere den ausländischen Handelsvertretern, hinreichend Zeit gegeben worden wäre, sich dazu zu äußern, und die einzelnen Fälle der sozialen Abgabe daraufhin zu prüfen, ob sie von der Industrie getragen werden können oder nicht. Nachdem die Reichsregierung viele Monate mit der Einführung der sozialen Abgabe zögert habe, sei es geradezu unverhältnißmäßig, wie dies heute mit einer durch nichts gerechtfertigten Eile geschehen können zu einem Zeitpunkt, der am denkbar ungünstigsten sei. Endlich beklagte die Kammer, den Plan des Reichspräsidenten, die

Vorschläge über die Preisansetzung ausländischer Waren

auf möglichst alle Waren auszubehnen, abzulehnen, und begründete diesen Bescheid wie folgt: Bei Verwirklichung dieses Planes würde den Einzelhandelsgehäusen bei der Preisbildung eine unangenehme und unbillige Last aufgebürdet, die durch nichts gerechtfertigt sei. Überdies stellt, wo die Preise fortwährend sich während geändert und auf neue von den Einzelhandelsgehäusen abgeändert werden. Teilen die Preisverhältnisse, die schon bisher für bestimmte Waren in den einzelnen Verkaufsstellen hätten ausgedehnt werden müssen, einbringungsgehemmt von den Verbrauchern kaum beachtet werden, so würden sie künftig bei ihrer Unübersichtlichkeit von den Verbrauchern noch viel weniger beachtet werden. Ebenso unerwünscht wäre es, den Preisbildungsdruck noch auf andere als die in der Verordnung vom 30. Dezember 1917 angegebenen Waren zu verlagern, wie z. B. auf Waren, die in den Schaufenstern, Sälen, Marktverkaufsstellen usw. ausgestellt werden, auszuzeichnen. Da sich die Verbraucher durch den bloßen Anblick der Waren durchaus noch nicht ein Urteil über die Güte der vorliegenden Waren bilden könnten, könnten sie sich nur bei einem etwaigen Vergleich der Preise verschiedener Einzelhandelsgehäusen durchaus noch kein Urteil über die Preiswürdigkeit einander ähnlicher Waren in den einzelnen Verkaufsstellen bilden zum Verkauf gestellt würden, bilden. Der Preisbildungsdruck für ausländische Waren würde infolgedessen nur dazu beitragen, bei den Verbrauchern falsche Urteile über die Preisgestaltung aufkommen zu lassen. Die Kammer wolle daher mit aller Entschiedenheit die Ausdehnung der Vorschläge über die Preisansetzung auf weitere Waren ablehnen. Es folgte eine vertrauliche Sitzung.

Haushalt und Wirtschaft.

Sonderverteilung von Kartoffeln in Dresden.

Auf Anweisung des Lebensmittelrats werden 8 Pfund Kartoffeln ohne Voranmeldung an alle versorgungsberechtigten Personen, also auch an diejenigen, die auf Sonderverteilung zugedeckt sind, verteilt. Die Abgabe in den Lebensmittelgeschäften erfolgt ohne Voranmeldung. Die Abholung muß in der Zeit vom 28. Mai bis mit 1. Juni 1920 erfolgen. Alles Nähere enthält sich aus der Ratsempfehlung in dieser Nummer.

Lebensversicherung in der Antikampanionschaft Dresden-N. Für die Woche vom 21. bis 30. Mai 1920 erhalten auf die Reichslebensversicherung 6 Personen über 6 Jahre 60 Gramm Auslandspostlebens für 2,35 RM., Personen unter 6 Jahren 75 Gramm Auslandspostlebens für 1,75 RM. Abkündigung 4 der Lebensversicherung kann mit 20 Gramm Prämie für 6,35 RM. und 20 Gramm amerikanischem Zementlebens für 6,90 RM. befristet.

Doctra v. Jahn, der Rektor der Dresdner Buchhandlung, der nach seiner fast 80 Jahre 1843 nach mit schifflichen Schritten in sein Geschäft wandert, übernahm am 1. Juni 1920 sein Fortmännerschaft. Neben seine Lehr- und Wanderjahre in Leipzig, Hamburg und Wien, betrieb er vor drei Jahren mit Gelf und Gumm in Buchhändler-Berufstätigkeit.

Betriebsverhältnisse in der Dresdner Schuhindustrie. Der Verband der Dresdner Schuhfabrikanten teilt uns mit: Die Verhältnisse in der Schuhindustrie haben sich annähernd so zugewandelt, daß auch der größte Teil der Dresdner Schuhfabriken genötigt war, sämtlichen Arbeitern zu kündigen. Bis Mitte Juni werden fast alle hiesigen Betriebe zum gänzlichen Stillstand gekommen sein.

Ausgabe des Gemitters am Donnerstag machte sich bei dem Dresdner Fernsprechem eine einkündige Einstellung des gesamten Fernsprechebetriebes erforderlich.

Evangelischer Bund. In der Mitgliederversammlung, die Mittwoch in Sachen der im Wahlkreis Ostschlesien ausgeschiedenen Kandidatur des geschäftsführenden Bundes-

vorsitzenden D. Overling stattfand, führte zuerst Pastor Pils als Vorsitzender des Dresdner Zweigvereins aus, daß unter allen Umständen alle Männer und Frauen wählen müßten und daß zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen die Zugehörigkeit führender protestantischer Männer zum neuen Reichstag notwendig sei, wenn auch der evangelische Bund als solcher für keine bestimmte politische Partei eintrete. In der lebhaftesten Aussprache kam das Bedauern zum Ausdruck, daß um des Vaterlandes willen ein Zusammengehen der beiden Rechtsparteien nicht zu erreichen sei und daß selbst der Deutschnationalen Volkspartei an der Kandidatur Dr. Pils nicht festgehalten oder an ihre Stelle etwa die des Dr. Laurendreher gesetzt werden sei. Man war einhellig der Meinung, daß in dem vorliegenden Falle einmal politische Interessen zurückgestellt werden müßten und daß ein Mann wie D. Overling, der schon früher dem Reichstag angehört, für die Forderungen der evangelischen Kirche in ihrer Auseinandersetzung mit Staat und Schule in jeder Weise eintreten werde.

Der Allgemeine Handwerkerverein in Dresden beabsichtigt unter zahlreicher Teilnahme das Nahrungsmitteleisenwerk von Dr. Klopfer in Leubnitz-Renndorf. Die Führung ergriffen sich zunächst auf die Bäckerei, in der die Herstellung von Brot aus Vollkornmehl geregelt wurde. Besonders Interesse fand hierzu die Herstellung von Sauerbrot. Für die Verarbeitung des Sauerbrot wird, abweichend von der üblichen Fabrikation, das Darren des Sauerbrot in der Luftstrecke vorgenommen. Im Nahrungsmittelwerk wurde die Verarbeitung von schlammigen Getreidekörnern zur Herstellung hochwertiger Sträufungsmitteleisen mit 40 Prozent Weizen und hohem Gehalt an Nährstoffen durchgeführt. Da die Teigwarenwerke wegen Mangels an Weizenmehl geschlossen sind, war es von großem Interesse, zu sehen, daß es nach einem neuen, zum Patent angemeldeten Verfahren gelang, maffaroni- und nudelähnliche Nahrungsmittel aus Erbsen, Bohnen und Tapiokasäure zu bereiten. Das Nahrungsmittelwerk Dr. Klopfer ist in der Lage, täglich 2000 Bannier Nahrungsmittel auf bodenwertige Nahrungsmittel zu verarbeiten. Das Trocknen des Getreides, das Darren des Sauerbrot und das Trocknen der Teigwaren erfolgt ohne Verwendung von Feuchtheizung, und zwar ausschließlich durch Ausnutzung des sonst zu Verlust gehenden Abdampfes. Ueber die Verwertung der Abwärme von Kraftmaschinen zur Trocknung landwirtschaftlicher und gewerblicher Erzeugnisse gab Dr. Klopfer interessante Erläuterungen.

Die Preisferreng im Ministerialgebäude heute, Freitag, beginnt diesmal nicht wie sonst um 4, sondern bereits um 3 Uhr.

Der Reichsverband der Walfahrsangehörigen teilt uns mit, daß die durch die Tagespresse gebrachte Kritik von der höchsten Behörde einer Einheitsorganisation nicht den Tatsachen entspricht. Es handle sich dabei lediglich um einen Beschluß der den sozialdemokratischen Gewerkschaften angehörenden Verbände der gewerkschaftlichen Angehörigen, eine Verhinderung der in diesem Gewerkschaftsverbande bestehenden Verbände herbeizuführen. Der Reichsverband der Walfahrsangehörigen lege Wert darauf, festzustellen, daß er gemäß seinen Grundsätzen, die durch seine Zugehörigkeit zu den arbeitslosen Gewerkschaften gegeben seien, gewerkschaftlich und organisationsmäßig keine Selbständigkeit bewahrt.

Gegen die schwarze Schmach. Eine eindringliche Protestaktion gegen die schwarze Schmach und Schande im besetzten Gebiet hat soeben die Liga zum Schutze der deutschen Kultur, Zentralstelle Sachsisch, unternommen. In einer dringlichen Vorlesung bei den neutralen Regierungen von Holland, Dänemark, Schweden und Norwegen, die von athenmäßigem Material über die Schandtat der schwarzen Franzosen im Abenteur abgeleitet ist, bittet die Liga die betreffenden Staatsmänner inständig, ihre Stimme zu erheben für schnellste Befreiung dieser die gesamte weiße Masse des Erdballs auf schwerste schändenden unerhörten Zustände.

Der Raubfahnen-Hilfsverein in Dresden hält am 3. Juni, nachmittags 4 Uhr, im Ev. Vereinshaus, Zingststraße 17, Gg., Aufs, seine ordentliche Hauptversammlung ab. Da der hohen Kosten wegen in diesem Jahre kein gedruckter Jahresbericht erscheinen soll, wird eine um so größere Beteiligung an dieser Versammlung erwartet, in der der Kassens- und Jahresbericht über das abgelaufene Geschäftsjahr gegeben werden soll.

Der Stenographenverein „Fortschritt“ hielt kürzlich seine diesjährige ordentliche Hauptversammlung ab, die ein erhebliches Bild gewährte über die im letzten Jahre geleistete Arbeit. Aus dem vorgelegenen Jahresbericht des Schriftführers Müller ist zu entnehmen, daß 140 Damen und Herren in die Kursliste eingeführt worden sind, während 112 Damen und Herren im Fortbildungsunterricht ihre Kenntnisse erweitert haben. Der Verein zählt gegenwärtig 290 Mitglieder. Die Kasse umfaßt jetzt einen Bestand von 275 Bänden. Weitaus Anregung auf nichtstenographischen Gebiete sollen a. a. die Vorträge von Herrn Reg.-Rat Professor Hauer über die Fortschritte in der Schrift und vom Mitglied Bruno Müller über „Deutsche Dörfer in der Ostbahn“. Der Vermögensstand ist trotz der durch die allgemeine wirtschaftliche Lage erforderlichen Restbesetzung als günstig anzusehen. Die Mitglieder des Vorstandes wurden mit Behrer Ernst Müller als 1. Vorsitzenden einstimmig wiedergewählt.

Schlafwagenverkehr. Vom 1. Juni an wird der Schlafwagenlauf Dresden—München und umgekehrt im Zuge D 120/28 und D 21/101, der zuerst ruhte, wieder eingeführt. Der Bettwagenverkehr erfolgt durch den Nachbischalter Dresden Hof (Mittelhalle). Die Bettplätze werden nur gegen Zahlung von Fahrkarten 1. Klasse und Bettkarten 1. Klasse vergeben.

Gegen das unerlaubte Wahlzettelauflösen richtet sich die folgende Aufschrift: „Die bevorstehenden Wahlen geben Veranlassung, wiederholt auf das Verbot des Rates an Dresden, Hauptpostamt, vom 9. April d. J. über das unerlaubte Zettelauflösen an Bürgern usw. hinzuweisen, nach welchem Zuwiderhandlungen gegen dieses Verbot außer Geldstrafen auch die Haftverurteilung für Sachbeschädigungen zur Folge haben. Wer mit offenem Auge die Stadt durchwandert, dem fallen allenthalben noch die Ueberreste der vorjährigen Wahlkämpfe nicht nur an Grundstückeinsiedlungen, Säulenwänden und Schaufelstern, sondern auch an Monumentalbauten auf, welche das Haus- und Straßenbild verunstalten. Da der für das Aufleben früher übliche Meißelstein nicht mehr verwendet wird, sondern in der Hauptstadt Wasserleitungsanlagen, so ergeben sich besonders bei Verwendung auf Glas (Schaufelstern) und Sandstein, wie der Studienausgang für Hauskofferhaltung durch Verluste im Verfalls- und Materialprüfungsamt Dresden nachgewiesen hat, unvermeidliche chemische Verbindungen, welche eine dauernde Verunreinigung bilden. Leichter zu beschaffen sind die Ueberreste auf Blech oder angezeichneten Flächen. Halbtags im rechtlichen Sinne in der Anleihe oder dessen Auftraggeber. Es muß also davor gewarnt werden, entgegen dem Verbot andere Aufklebflächen als die dazu vorgesehenen zu benutzen, da die unter den heutigen Verhältnissen sehr erheblichen Kosten für Reinigung dieser Flächen dem Aufkleber oder dessen Auftraggeber aufgebürdet werden können.“

Mord und Selbstmord! Im vierten Stockwerk des Danies Radebeuler Straße 84 mußte am Donnerstag nachmittags die Wohnung der 40 Jahre alten Witwe Emma Schaal gewaltsam geöffnet werden, da dringender Verdacht eines Verbrechens vorlag. Die Witwe wurde erschossen im Bette liegend aufgefunden. Vor dem Bett lag in einer großen Blutlache deren Untermieter, der 38 Jahre alte Arbeiter Max Kottler. Kottler wohnte von seiner Frau getrennt; er hatte die Witwe, die Witwe Schaal später zu betreten, doch schien letztere ihn abgewiesen zu haben. Hausbewohner hatten wohl am Donnerstag morgen in der

dritten Stunde Revolverkugeln gefeuert, diesen aber keine Bedeutung beigegeben. Nach vollziehlicher Aufhebung wurden die Leichen am Donnerstagabend nach dem Friedhofe gebracht. Richter Meint die Tat ohne Einverständnis seiner Wirten begangen zu haben.

Sonderbefragung. Der heutigen Gesamtsitzung liegt ein Wahlauftrag der Deutschen Volkspartei bei.

Geschäftshausverlegung. Die bisher im Roman Rathaus untergebrachten Geschäftsräume des Ortsamtes für Kriegerversorgung und des Bezirks-Ordnungsamtes für die Stadt Dresden sind Sonnabend, den 29. Mai, wegen Umzugs geschlossen. Von Montag, den 31. Mai, ab befinden sich beide Geschäftshäuser im 1. und 2. Stock des Grundstücks Wilsdruffer Straße 15.

Der Bezirksausschuß der Antikampanionschaft Dresden-N. hält Mittwoch, den 3. Juni, nachmittags 3 Uhr, eine öffentliche Sitzung ab.

Die Schule des Vereins zu Mai und Tai. Am 20. März mußte der Verein zu Mai und Tai seine Freischule nach 17-jährigem Bestehen infolge der Verhältnisse auflösen. Um aber das Andenken an diese Arbeit, die großen Segen in Tausenden von Familien unserer Stadt gebracht hat, zu erhalten, ist eine Gedenkschrift von dem früheren Direktor der Schule erschienen, deren gefamter Erlös zu einer Stiftung vereinigt werden soll. Die Erlöse sollen zur beruflichen Ausbildung von Dresdner Kindern Verwendung finden. Der Preis beträgt 3 RM. Die Buchhandlung von Alexander Köhler, Weiße Gasse 5, und Alwin Döbler, Wartenstraße 15, haben den Verkauf freundlichst übernommen. Der Verfasser, Dr. Studart, Rainer Straße 123, 1., Postfachkonto 20077, sendet diese gegen Entsendung von 3,40 RM. gern zu.

Volkshochschule. Die fünfte Wanderung mit Graf Odriß beginnt morgen, Sonnabend, nicht 10,5 Uhr am „Weißen Hof“, sondern um 5 Uhr am Gasthof an den Linden (Mittelbau). Vom Vortag durch Umwegen mit 100 Pl. zu erreichen.

Vanderversand der Kriegsverwundeten in Sachsen. Am Sonnabend nachmittags veranfaßt die Kriegsverwundeten Dresden zum Behen ihrer Unterhaltungsstelle im Wartenshaus des Städtischen Schlachthofes ein Sommerfest. Das um 1/2 Uhr beginnende Konzert wird ausgeführt vom Trompetorcorps des Reichs-Kau-Regts. Nr. 12 unter Leitung des Musikdirektors Gröbe. — Am kommenden Sonntag, vormittags 11 Uhr, hält der Vanderversand seine Generalversammlung Kaufstraße 7, 1., ab.

Schloß wurde in der Nacht zum 23. Mai in Krippen (Baldhof Schandau) eine Ideal-Schreibmaschine Nr. 6881, Sachliche Mittelungen erbitet die Landesstriminalpolizei, Dresden, Schloßgasse 7, Zimmer 210.

Motische. Einem hiesigen Outdöbster wurde ein Elektromotor von hohem Werte gestohlen. Beim Versuch, den Motor in Dresden zu verkaufen, erfolgte die Festnahme der Spitzbuben.

Gitterlee. Am 12. Mai wurden aus einem hiesigen Betriebe neun Treibriemen im Werte von 6000 RM. gestohlen. Für Ermittlung der Spitzbuben waren 1000 Mark Belohnung ausgesetzt worden. Als Diebe wurden drei noch jugendliche Arbeiter aus Pöschappel, Puritz und Gitterlee ermittelt und festgenommen. Die Treibriemen, die an Schuhmacher in Dresden und Coswig verkauft worden sind, konnten wiedererlangt werden.

Tharandt. In der Nacht zum 18. Mai wurden einem Studierenden der Forstakademie, der im Parkhaus wohnt, verschiedene Kleidungs- und Wäschegegenstände im Gesamtwerte von fast 17000 RM. gestohlen. Die beiden Spitzbuben konnten ermittelt und verhaftet werden.

Had Gotteluba. In der aus Anlaß der Einweihung der neuen Mariengrabenstraße stattfindenden Festigung des Stadgemeinderates, welche der Beiseite voranzog, wurde beschlossen, dem Wasserbauinspektor des Kreisamtes Sachsen, Geh. Bauamt Piesch in Dresden, in Würdigung des der Stadt bewiesenen Wohlwollens das Ehrenbürgerrecht der Stadt Gotteluba zu verleihen.

Wittweide. Unter harter Festnahme der Einwohnerlichkeit und vieler Wäite von nah und fern beging die hiesige Real-Schule ihr 50-jähriges Bestehen.

Dirch. Ein verwegener Raub wurde am Mittwoch vormittags auf der Kasse des hiesigen Vorwärtsvereins ausgeführt. Der Arbeiter Piesch aus Dirch und ein hiesiger Gastwirtsohn fuhren im Auto vor das Gebäude des Vorwärtsvereins. Piesch forderte von der Kassiererin unter Vorhalten des Revolvers Zutritt zu dem Geldschrank. Durch das Einsteigen einer zweiten Kassiererin, die Alarm schlug, wurde Piesch an seinem Vorhaben gehindert, worauf er in einem Automobil flüchtete, sich aber auf dem Bahnhof Ritzsch erschoss. Der Komplotte wurde von der Kriminalpolizei verhaftet.

Vorschläge für den Mittagsstisch. Martinierter Dering mit Kartoffeln.

Optiker Hahn
Gewissenhafte Anpassung von Augenlinsen. Reichhaltiges Lager aller optischen Artikel. Reparaturen schnellstens. — Mäßige Preise.
Wilsdruffer Straße 42, I. (Café Berger).
Nur 1. Etage.

Also
gibt es doch ein Mittel, um die teuren Schuhe zu erhalten. Ja, wohl, erprobt und bewährt, und das ist **Erdal**
schwarz / gelb / braun / rotbraun
Alleinherst.: Werner & Mertz, Mainz

Schließung der Betriebe der Nahrungsgesellschaft in Berlin. Infolge der bedrückten Lage des Volkswirtschafts...

Ein Danknotenvervielfältiger, der mit einer besonderen Maschine aus je zwei Landmaschinen drei...

Die Typhus-Epidemie in Polen. Seit Mitte des Jahres hat die Zahl der Typhusfälle in Polen...

Ein Altes Rom-Tafel. Die italienischen Gerichte Terzari und Maforo sind bei ihrem Namen...

Am Reibel gestrandet. Der deutsche Dampfer „Albatros“ ist, wie aus Christiana gemeldet wird, im Dichten...

Das Vermögen des Czaren Ferdinand. Der ehemalige Zar von Rumänien Ferdinand hatte zu Beginn...

Bäder und Sommerfrischen.

Hochzeitshochzeit. Der Kurbericht für die Kurzeit 1920 ist in vollem Umfang abgeschlossen worden.

Die Kurzeit. Die Kurzeit nach den bisherigen Kenntnissen ist in diesem Verhältnis sehr hart ein. Der Kurbericht...

Reisebericht. Die Reise nach der Insel Madeira ist in der letzten Zeit sehr beliebt geworden. Die Reise...

Reisebericht. Die Reise nach der Insel Madeira ist in der letzten Zeit sehr beliebt geworden. Die Reise...

Turnen — eine vaterländische Pflicht!

Meist als ein Jahrhundert alt ist das deutsche Turnen, die Schöpfung Friedrich Jahn's, jenes ferndeutschen Mannes, den die nach den Befreiungskriegen...

Trum auf, ihr Volksgenossen aus allen Ständen, unterläßt diese vaterländische Bewegung, dieses wahrhaft vaterländische Tun durch einseitigen Eintritt in die Reihen...

Carlsberg. 7. Mai. (Via. Trübsch.) 1. Rennen. 1. Silber (Wörte) (Häuser), 2. Siegerin II, 3. Witternabe, 4. Tot: 15: 10, 16: 15, 20: 20, 10. Ferner: Gelmat, Gerngauer, Meierpfeifer...

Habrennen zu Dresden.

Am Sonntag nachmittag 4 1/2 Uhr werden sich wiederum spannende Kämpfe der Dauerfahrer und Mägen auf der Reider Habrenbahn entwickeln. Dem Verein Sportplatz ist auch für die...

Der Bezirk Dresden des Sächsischen Stadfahrer-Bundes schreibt für Sonntag, den 11. Juli, eine „Walter-Ritt-Jubiläum-Veranstaltung“ über 200 Kilometer, offen für alle...

Sonntag den 13. Juni findet unter Führung des H. G. Wagners die zweite Bezirksausfahrt nach Döbeln statt. Abfahrt Punkt 2 Uhr vom Reichshaus Markt, Rostocker. Für die...

Treßner Ruder-Regatta. Infolge der Regatta am nächsten Sonntag vormittag 9 Uhr steigt sich jetzt abendlich reges Treiben...

Deutsche Fußballmeisterschaft. In der Zwischenrunde am kommenden Sonntag haben sich in Leipzig (Walden-Platz) Breslauer Sportfreunde und Spielvereinigung...

Treßner Turn- und Sportverein Guts-Muth (Sportplatz Pleisenerstraße). Morgen Sonntag, nachmittags 4 1/2 Uhr wird die Guts-Muth-Gesellschaft ein weiteres internationales...

Deutscher Fußballklub Prag in Dresden. Kommenben Sonntag wird der Deutsche Fußballklub Prag zum letzten Male in Dresden spielen und wie bei den ersten Treffen den Dresden...

Treßner Spiel- und Sportverein. Am Sonntag nachmittags 4 1/2 Uhr im Redaktionsgebäude des H. G. W., Vermohrstraße 13, einen schönen...

Sportverein Brandenburg (Vogel) besetzte am Mittwochabend im Schützenhof in Trabau die Sportgemeinschaft (Vogel)...

Städte-Fußballspiel Dresden gegen Berlin. Der Bezirk Dresden des Mitteldeutschen Verbandes hat ein Städtefest gegen den Verband Brandenburgischer Fußballvereine...

Der Deutsche Ringport-Verband. Ortsgruppe Dresden, 18. der Ortsgruppe Dresden des Deutschen Ringport-Verbandes als Vorkampfbühnen...

Reisen. Für den in Dresden stattfindenden Sportlehrgang vom Deutschen Reichsausschuss für Leibesübungen veranstaltete der...

Albin Geyer f. Pöhlisch an Wehrschlag in am Flugkonvention ein Pionier des Fußballportes und früherer Repräsentativer Dresden...

Dresdner Nachrichten Freitag, 28. Mai 1920 Nr. 178 Seite 6

Deutsche Volkspartei. Öffentl. Wahlversammlung. Sonnabend, den 29. Mai 1920, 7 1/2 Uhr abends im Vereinshaus, Ringstraße.

Gonderverteilung von Kartoffeln. 1. Auswahl 100% der Lebensmittelkarte 3 Pfund Kartoffeln das Pfund für 50 Pfennig.

Der Rat zu Dresden. Die Kirschenentzweigungen an den öffentlichen Plätzen sollen auf Grund schriftlicher Angebote verkauft werden.

1 Paar schwere Pferde (Schulen), gebr., verkauft. Mittag, Ost-Bismarck bei Döbeln. Ardenner und dänische Arbeitspferde.

offries. Kühe und Kalben, sowie erstklassige Herdbuchbullen. Max Kiesel, am Bahnhof, Inh. S. de Levie.

Ein Pferd braun, Wall, 10 J. alt, 165 h., nur in gute Hände zu verkaufen. Ein Paar 4 und 6 Jahre alte Rappen.

Rennen in Leipzig. Sonntag den 30. Mai nachm. 3 Uhr. 7 Rennen: Preise 83800 Mark, darunter: „Prödeler Jagdrennen“ 22000 Mark.

Pferde-Verkauf. 3 Ardenner Fohlen, 2 1/2 J. alt, Fuchs u. Rappe. 100% rein gebl., keine ein 11 jähriges Arbeitspferd.

Wachhund, Dobermann, perh. bei Gildbach, Wehrstr. 22. Neufundländer (Kreuzung). Brauch-Exemplar, gebr., sehr artig, leucht, wachsam.

Mehrere laufende Bohnenstangen zu verkaufen. Kanonenstraße 52. Safer und Seu gelocht. Offerten mit Preisangabe zu richten an O. Ruppel.

Pferd, langhalm., für jeden Jagd- u. Landpferd, 100% gebl., moderner. Landauer. Leben zum Verkauf bei Bruno Petzold, Ritzsche, Querstraße 50.

Zu kaufen gesucht. Gänse u. Hühner, unter Angabe von Preis, Alter, Rasse. Ernst Vogt, Schützenstr. 10.

Otto Schumann, Baumbücher, Brockwitz, Reg. Dresden. Herren-Dreirad, (Vertr. abh.), fast neu, m.g. Gummi-Bereifung, zu verkaufen.

